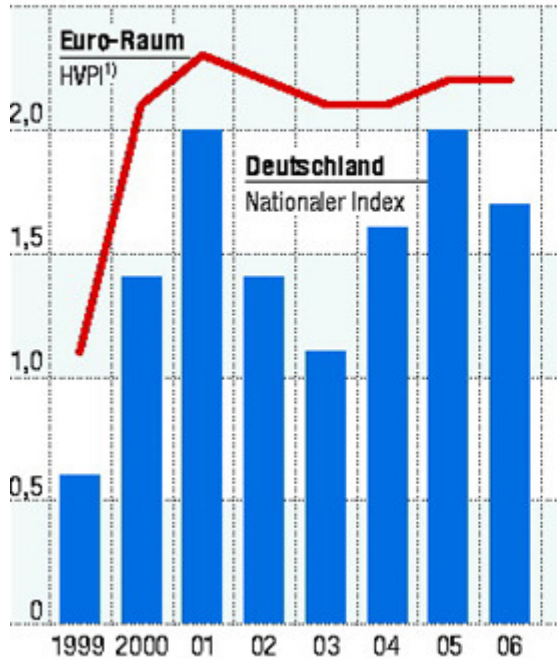


Ein Euro ist nur noch 82 Cent wert

So titelt die FAZ am 18. Januar 2007. Sie meint damit den Durchschnitt der Eurozone und zeigt diese Graphik:

Die Entwicklung der Verbraucherpreise

In Deutschland und im Euro-Raum
in Prozent



1) Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

In deutschen Wirtschaftsbereichen
in Prozent

	2004	2005	2006
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	-0,4	0,5	1,9
Alkohol, Getränke, Tabak	6,9	8,5	3,5
Bekleidung, Schuhe	-0,7	-1,9	-0,9
Wohnen, Wasser, Strom	1,5	2,8	2,9
Einrichtungsgegenstände, Haushaltsgeräte	-0,2	-0,2	0,0
Gesundheitspflege	19,2	1,9	0,8
Verkehr	2,4	4,2	2,8
Nachrichtenübermittlung	-0,8	-1,4	-3,0
Freizeit, Unterhaltung	-1,0	0,1	0,1
Bildungswesen	3,3	2,2	2,6
Beherbergung, Gaststätten	0,8	1,0	1,2
Andere Waren und Dienstleistungen	1,4	0,9	0,9

Quellen: Eurostat; Statistisches Bundesamt/ FAZ - Grafik Walter

Die hier gezeigte rote Linie ist allerdings irreführend. Denn in ihr ist Deutschland enthalten.

Consumer prices (% change pa; av) - DCPI [YQM]

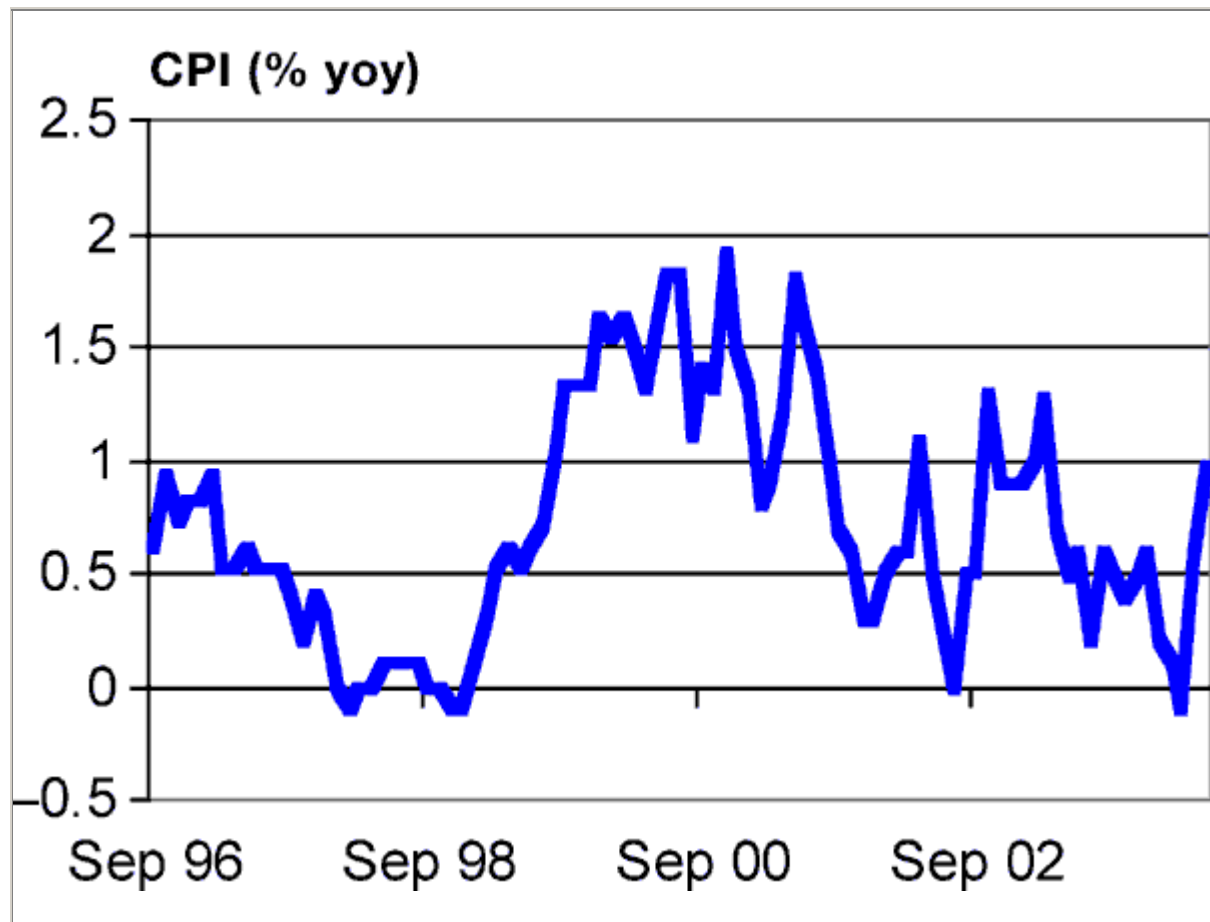
Country		1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006g.	Summe
AUSTRIA	AT	0,6	2,3	2,6	1,8	1,4	2,0	2,3	1,4	14,4
BELGIUM	BE	1,1	2,5	2,5	1,6	1,6	2,1	2,8	2,0	16,2
EURO AREA (AGG.)	EA	1,2	2,2	2,6	2,2	2,0	2,1	2,1	2,1	16,5
FINLAND	FI	1,2	3,4	2,6	1,6	0,9	0,2	0,8	1,7	12,4
FRANCE	FR	0,5	1,7	1,6	1,9	2,1	2,1	1,7	2,0	13,6
GERMANY	DE	0,5	1,5	2,0	1,3	1,1	1,7	2,0	1,7	11,8
GREECE	GR	2,6	3,1	3,4	3,6	3,6	2,9	3,5	3,3	26,0
IRELAND	IE	1,6	5,6	4,9	4,7	3,5	2,2	2,4	3,9	28,8
ITALY	IT	1,7	2,5	2,8	2,5	2,7	2,2	2,0	2,2	18,6
LUXEMBOURG	LU	1,0	3,2	2,7	2,1	2,0	2,2	2,5	2,6	18,3
NETHERLANDS	NL	2,2	2,5	4,2	3,3	2,1	1,2	1,7	1,4	18,4
PORTUGAL	PT	2,3	2,9	4,4	3,6	3,3	2,4	2,3	3,1	24,3
SLOVENIA	SI	6,1	8,8	8,4	7,5	5,6	3,6	2,5	2,4	44,9
SPAIN	ES	2,3	3,4	3,6	3,5	3,0	3,0	3,4	3,5	25,7

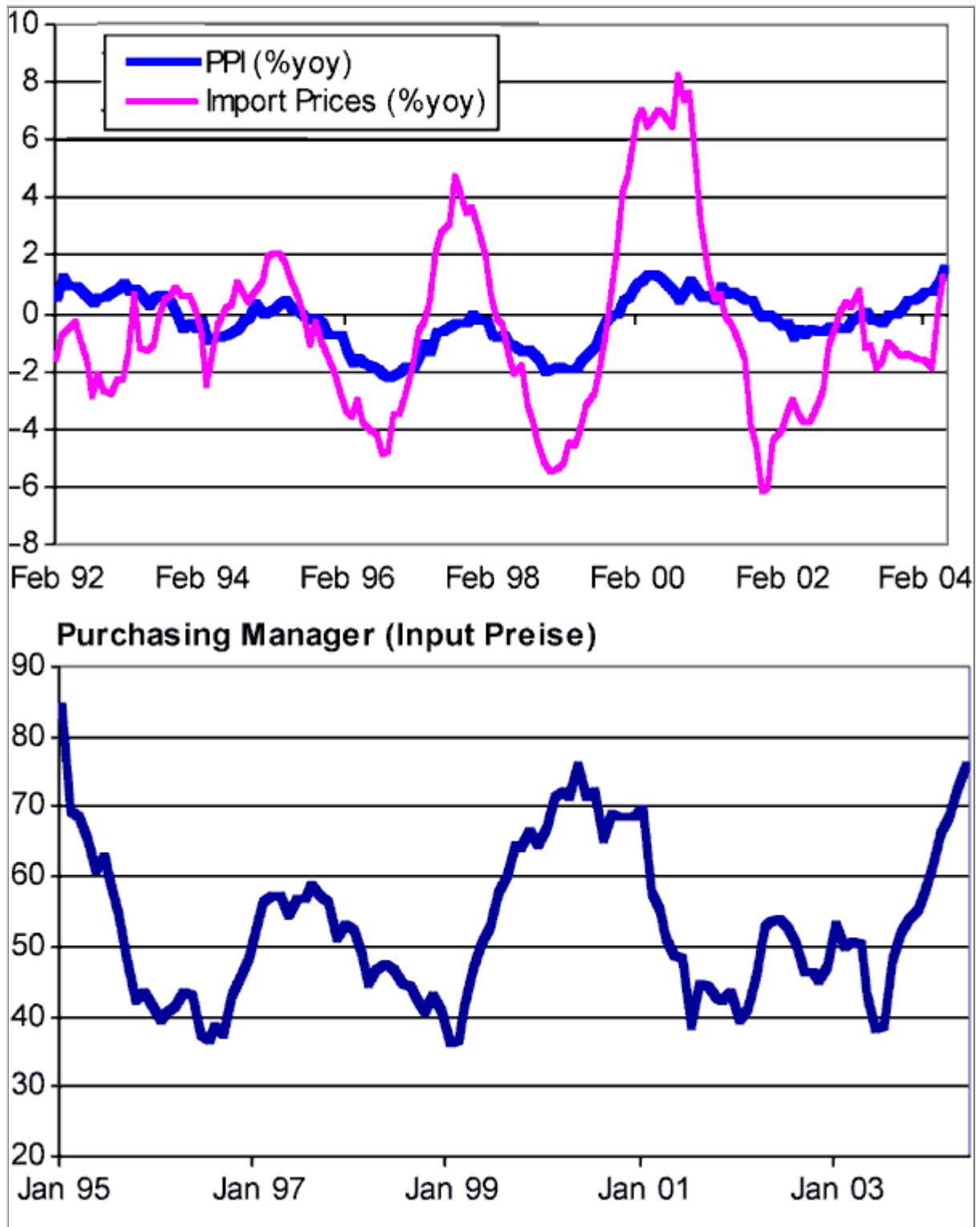
Diese Tabelle ist genauer. Denn sie rechnet Deutschland aus dem Durchschnitt heraus, was eine ökonomisch korrekte Darstellung ist.

Nominalzins und Volkswirtschaft. Jeder Kreditnehmer, vom Staat bis zur Privatperson, zahlt seinem Kreditgeber Zinsen. Der Kreditgeber baut die von ihm während der Kreditlaufzeit erwartete Teuerung in den Zinsfuß ein = antizipierter Inflationsausgleich. Eine Indexierung, also eine Aufteilung auf einen Sockelbetrag plus jährlicher Anpassung von Zins und Tilgung an die laufende Inflation, war in Deutschland gesetzlich verboten, was als wesentliches Element für den Erfolg der DM galt und gilt, ist aber durch das Eurosystem erlaubt worden – meines Erachtens ein schwerer Fehler.

Zur Geschichte der Inflation in Europa. Deutschland hat in der EU und Europa nächst der Schweiz seit Jahrzehnten eindeutig und nachhaltig die niedrigste Inflation, siehe Publikationen der Handelskammer Bozen im Internet.

Inflation Schweiz:





Die Schweiz ist also nachweislich in der Lage, ihre Inflation tendenziell immer wieder auf Null zu bringen. Die Schweiz gehört bekanntlich weder der EU noch dem Euro an. Außerdem haben die Schweizer ein deutlich höheres pro-Kopf-

Einkommen als die Deutschen. Was die Schweizer können, könnten die Deutschen auch, wenn man sie nur ließe. Aber EU und Euro wollen es anders.

Deutschland gehört nicht nur den Deutschen. Dieses Thema, nämlich das Eingreifen von Nachbarstaaten in die deutsche Politik, verdiente eine Studie. Zunächst nennt Arnulf Baring sein bevorstehendes Buch so. Warten wir es ab.

Inflationsresistenz als kulturelles Phänomen. Auch dieses Thema verdiente eine Studie, zumal sich die seit einem halben Jahrhundert in Europa nachgewiesene grundverschiedene Inflations-Struktur im Euro fortsetzt.¹ Deutschland hatte nach der von mir vorstehend hinzugefügten Tabelle in der Summe der ersten acht Euro-Jahre nur 11,8% Inflation. Alle anderen lagen höher.

Dieses also ist, in Klarstellung der FAZ-Graphik, die wirkliche Reihenfolge der 1999 – 2006 innerhalb der Länder der Eurozone aufgelaufenen Inflation (in Prozent): Slowenien 44,9 / Irland 28,8 / Griechenland 26 / Spanien 25,7 / Portugal 24,3 / Italien 18,6 / Niederlande 18,4 / Luxemburg 18,3 / Belgien 16,2 / Österreich 14,4 / Frankreich 13,6 / Finnland 12,4 / Deutschland 11,8. Das ergibt für Deutschland in den ersten acht Euro-Jahren eine jahresdurchschnittliche Inflation von knapp 1,5%, für Irland aber von 3,6% und für Spanien von 3,2% usw. Für die Spanier war also der Euro am 31.12.2006 gegenüber dem 1.1.1999 nur noch 74 Cents wert, weit weniger als von der FAZ in der Überschrift angegeben.

Und dieses sind die summierten Inflationsüberhänge der einzelnen Mitgliedsländer in den ersten acht Euro-Jahren gegenüber Deutschland: Slowenien 33,1 / Irland 17 / Griechenland 14,2 / Spanien 13,9 / Portugal 12,5 / Italien 6,8 / Niederlande 6,6 / Luxemburg 6,5 / Belgien 4,4 / Österreich 2,6 / Frankreich 1,8 / Finnland 0,6.

Optimaler Währungsraum? Unter keinen denkbaren Umständen kann man bei solchen Inflationsspreizungen von einem optimalen Währungsraum sprechen. Alle dahingehenden Beurteilungen und Prognosen der EU-Kommission und der EZB, zu lesen seit mehr als zwei Jahrzehnten, sind durch die Wirklichkeit widerlegt. Ich erinnere daran, dass der kanadische Oekonom Robert Mundell einheitliche Realzinsen als ein wesentliches Kriterium für einen optimalen Währungsraum herausstellt – bei derartigen Inflationsspreizungen unerreichbar.

¹ Deutschland hatte im Unterschied zu seinen Nachbarn im November 1923 nach einer „runaway inflation“ eine Währungsreform zu ertragen, die den Nominalwert der Mark im Verhältnis 1.000.000.000.000 : 1 umstellte, und im Juni 1948, wiederum nach einer „runaway inflation,“ eine zweite, die im Verhältnis 10 : 1 umstellte, aber mit Kreditgewinnabgabe und Hypothekengewinnabgabe Elemente eines Lastenausgleiches enthielt. Ich neige zu der Ansicht, dass diese traumatisierenden Erfahrungen im Bewusstsein deutscher Bürger lebendig blieben, also zu besonderer Vorsicht im Umgang mit Inflation führten und führen

Wie finanzieren die höher inflationierenden Euro-Länder ihre Inflation?

Inflation will finanziert sein, verlangt also eine höhere Geldschöpfung der nationalen Notenbank.² Zu den Regeln der früheren Deutschen Bundesbank wäre dieses nicht möglich gewesen ohne erstklassige Sicherheiten, die die Geschäftsbanken bei der Bundesbank als Sicherheit für ihre Kreditaufnahme zu hinterlegen hatten. Heute aber ist es in gewissen Ländern z.B. theoretisch möglich, dass der Finanzminister eines Euro-Staates (1) auf einem Blatt Papier erklärt, dieses Papier verkörpere in einem Umfang von soundsoviel Euros zukünftige Steuereinnahmen seines Staates, und dass er (2) dieses Papier bei einer seiner Geschäftsbanken diskontiert. Diese wiederum benutzt das Papier als „Sicherheit“ bei ihrer Notenbank, um damit per Kreditaufnahme frisch gedruckte Euro entgegenzunehmen. Die Gründungsväter des Euro hatten nicht die Kraft, dieses Einfallstor der Inflation zu schließen – eine Lebenslüge des „stabilen“ Euro, die ihm bereits bei der Taufe mitgegeben wurde.

Nominalzins und Realzins. Subtrahiert man die Inflationsrate vom Notenbankzins, so hat man den von den Geschäftsbanken an die EZB zu zahlenden Realzins. Da alle Mitgliedsländer der Eurozone von der EZB denselben Zinssatz gemacht bekommen, zahlen also deutsche Banken schon im kurzfristigen Bereich den höchsten Realzins. Subtrahiert man die Inflation vom Kapitalzins (Beispiel: Zins für die zehnjährige Bundesanleihe), so hat man den Realzins auf dem Kapitalmarkt. Da der Euro seit 1999 mit der Fiktion lebt, alle Mitgliedsländer hätten grosso modo dieselbe Bonität, zahlen alle Staaten denselben Nominalzins. Deutschland als das Land mit der niedrigsten Inflation zahlt also auch im langfristigen Bereich den höchsten Realzins. Alle anderen zahlen weniger, bis hin zu negativen Realzinsen in den Ländern, wo die nationale Inflation bisweilen höher liegt als der Nominalzins. Es bleibt das Geheimnis der EZB und der Brüsseler Kommission, wie dies durchhaltbar sein soll.

Realzins und Arbeitsplätze. Hat ein unterschiedlicher Realzins Folgen, die über die in ihm liegende Kostendifferenz hinausgehen? Ja, er verdrängt Arbeitsplätze.

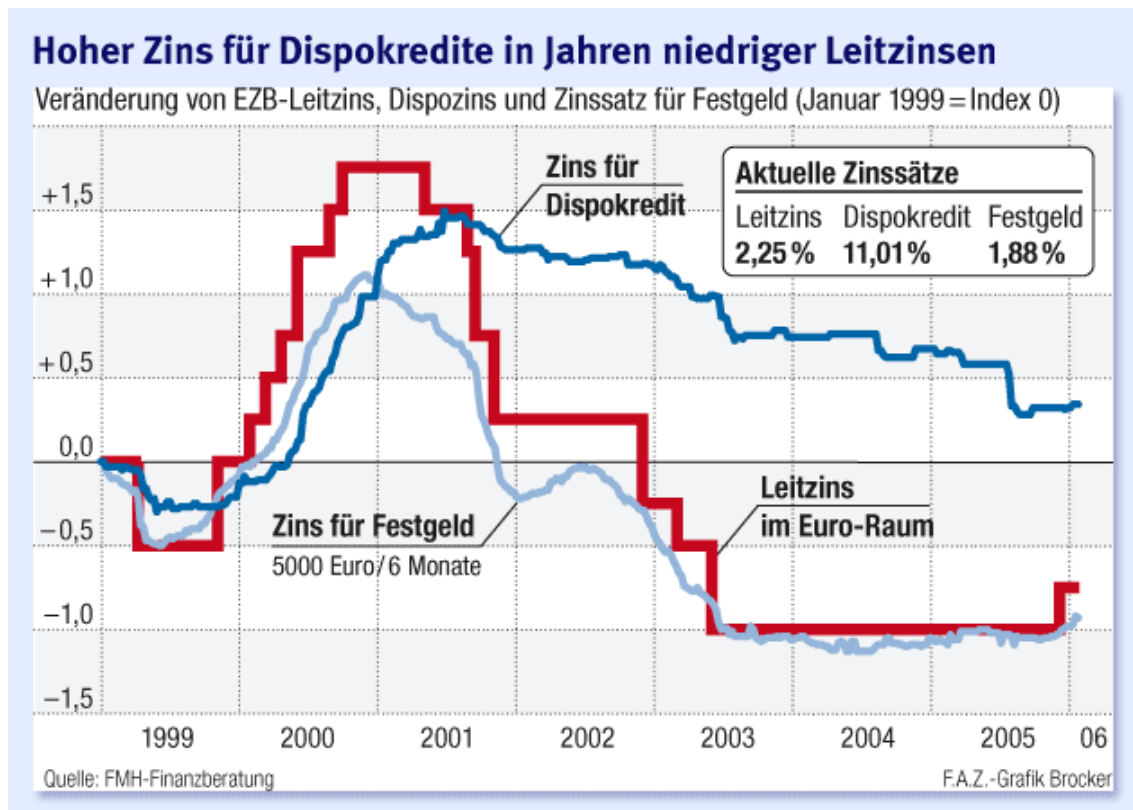
Die Zinsstruktur einer Volkswirtschaft. Sie baut sich auf einem Basiszins auf, nämlich dem Langfristzins für den betreffenden Staat. Die Wiener Raiffeisenbank legte in der NZZ vom 3. Januar 2005 eine Studie für die österreichische Volkswirtschaft im Jahre 2003 vor. Danach war die durch die Mitgliedschaft im Euro erzielte Zinsersparnis in diesem Jahr für alle Sektoren der österreichischen Volkswirtschaft zusammen rd 500 Euro pro Einwohner oder rd 2% des BIP.

Jährlicher Mehrzins für Deutschland. Lege ich für den Zinsfuß die Annahme zugrunde, dass die für die Länder der Eurozone maßgeblichen kreditgebenden

² Euronoten werden ausschließlich von den nationalen Notenbanken emittiert, nicht von der EZB

Banken ihre Zinseinnahmen durch die Umstellung ihrer Kredite von den Altwährungen auf Euro insgesamt nicht verringern wollten, zahlte Deutschland nach den Maßstäben des oesterreichischen Beispiels einen um 1 – 2% pa zu hohen Zinsfuß. Insoweit die Kreditgeber ihre Risikozuschläge verminderten, was in gewissem Umfang möglich erscheint, tendierte der Zinszuschlag gegen die untere Grenze von 1%. Lege ich für das in Deutschland in Anspruch genommene Kreditvolumen die Annahmen des oesterreichischen Beispiels zugrunde, beliefe sich die Gesamtverschuldung der deutschen Volkswirtschaft auf das anderthalb- bis zweifache des jährlichen Sozialproduktes, also plusminus 4 Billionen Euro. Ein Mehrzins von nur 1% pa bedeutete bei diesem Rechenbeispiel jährlich einen zusätzlichen, oekonomisch nicht gerechtfertigten Mehrzins von rd 40 Mrd Euro oder 2% unseres BIP. Das wäre das Zehnfache des Gewinns der Bundesbank für 2006. Bei jedem anderen Rechenbeispiel ginge die Tendenz nach oben. Besteht hier ein Zusammenhang mit Insolvenzen?

Deutscher Zins und private Insolvenzen. In diesen Tagen³ geht durch die deutschen Medien, dass sich die Zahl der privaten Insolvenzen in 2006 gegenüber 2005 um mehr als 33% erhöht habe. Für mich ist der Kausalzusammenhang mit dem von mir behaupteten und nachgewiesenen überhöhten deutschen Zinsniveau offensichtlich. Und dieses war die Zinsstruktur Anfang 2006, als die Leitzinsen der EZB noch niedrig waren. Mehr als 11% für einen Dispokredit!



³ Anfang März 2007

Zins, Subventionen, Wettbewerb. Zinsen sind Kosten. Ein von der deutschen Volkswirtschaft Jahr für Jahr gezahlter Mehrzins ist eine Subvention für alle anderen Teilnehmer der Eurozone, die, gemessen an ihrer höheren nationalen Inflation, mit einem zu niedrigen Zinsfuß davonkommen. Damit sind wir beim Thema, welche Art von Wettbewerb in der EU und in der Eurozone herrschen soll.

Die steckengebliebene EU-Verfassung spricht von „Freiem Wettbewerb“ und „Unverfälschtem Wettbewerb,“ den die EWU bietet. Ob die Verfassung nun angenommen wird oder nicht – auf dem Zinsgebiet herrscht schon aufgrund des geltenden EU-Rechts Subventionswirtschaft, also kein Wettbewerb. Benachteiligter: Deutschland.

Hier lohnt die Erinnerung, dass der erste Europa-Vertrag, derjenige über Kohle und Stahl von 1951, sich in den Artikeln 1 – 5 eingehend mit dem zu respektierenden Wettbewerb beschäftigte (Zentralbegriff waren die Standortkosten) und Subventionen ausdrücklich verbot.

Europa hat sich also seit 1951 eindeutig verschlechtert. Das politische Konzept des in Europa zu praktizierenden Wettbewerbs wurde seither stufenweise immer weiter verwässert. Natürlich nicht offiziell. Denn das wäre in dem seit Ludwig Erhard auf Wettbewerb eingestellten Deutschland unangenehm aufgefallen. Aber heimlich, schleichend.

Dabei wurden die Einsichten von Friedrich August von Hayek und anderen missachtet, wonach real praktizierter Wettbewerb unverzichtbarer Bestandteil demokratischer Freiheit ist.

Den Unterschied erleben wir dieser Tage wieder in Großbritannien, wo ernsthaft diskutiert wird, die bisher ernannten Mitglieder des Oberhauses in Zukunft durch direkte Wahl bestimmen zu lassen. Die Mitglieder des „House of Commons“ werden bekanntlich ausnahmslos in Wahlkreisen, also direkt gewählt.⁴

Wirtschaftswachstum und pro-Kopf-Einkommen. Deutschland hatte in den ersten acht Euro-Jahren nur noch die Hälfte des Wachstums der DM-Zeit, nämlich 1,3% pa oder 10,8% in der Summe. Sollte 2007 wieder 2,7% bringen, stiege der Durchschnitt nur auf 1,5%. In den fünfzig DM-Jahren waren es noch 2,5% pa im Durchschnitt gewesen, in den Jahren 1980-1991 noch 2,6%.⁵

Dagegen wuchs Irland seit 1999 mit 52%, Luxemburg 37,5. Griechenland 34,1, Spanien 29,3 usw.

⁴ Der altgediente CDU-Politiker Heiner Geissler erklärte kürzlich, wenn er am politischen System der Bundesrepublik Deutschland etwas ändern dürfe, würde er sofort die Listenwahl abschaffen, um für alle MdB direkte Verantwortlichkeit herzustellen

⁵ Statistisches Bundesamt

Also liegt im pro-Kopf-Einkommen Luxemburg bei 248% des EU25-Durchschnitts, Irland bei 137, die Niederlande und Österreich bei 123, Belgien bei 118, Deutschland aber nur bei 110, nachdem es 1989 in der damaligen EG/EU noch in der Spitze gelegen hatte.

EU und Euro haben also auch auf diesem Gebiet mehr Divergenz als Konvergenz gebracht.

Quality-of-Life-Index des Londoner Economist. Deutschland, noch 1989 in der Spitze der EU, erscheint in ihm nur noch als Nr 26. Irland steht auf Platz 1, die Schweiz auf 2, Norwegen auf 3, Luxemburg auf 4, Schweden auf 5, Island auf 7, Italien auf 8, Dänemark auf 9, Spanien auf 10, Finnland auf 12, die Niederlande auf 16, Portugal auf 19.

Interessant ist, dass mit Irland, Italien, Spanien und Portugal Länder vor Deutschland gelistet werden, die im Außenhandel defizitär sind. Kurz:

Deutschland muss aufgrund der Einschränkung durch das Doppelsystem EU/Euro auf Teile seines möglichen Wachstum verzichten. Es wächst seit 1999 nur noch mit der halben Rate der DM-Zeit, die, wie gesagt, 2,5% pa betragen hatte. Deutschland bleibt zurück, von Jahr zu Jahr mehr.

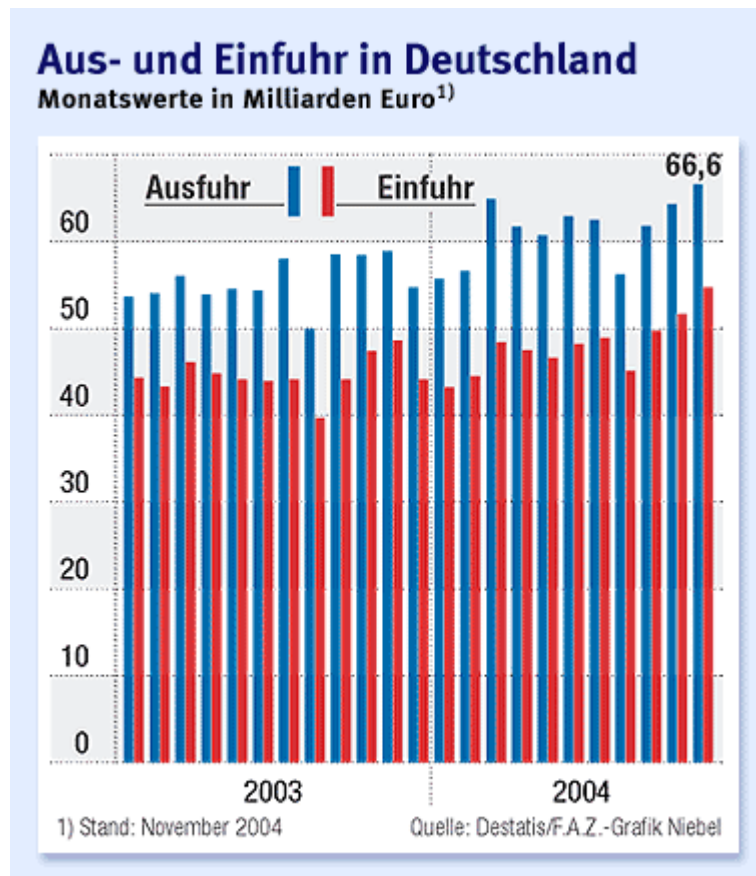
Europäisierung der Wiedervereinigung? Sollte meine Erinnerung zutreffen, dass Deutschland in jedem Jahr seit 1990 Nettozahler zum EU-Budget war, hätte uns die EU per Saldo keine Erleichterung bei den Kosten der Wiedervereinigung gebracht.

Dass Spanien uns finanziert? So hört man bisweilen. Aber das ist Unsinn. Hätte Spanien Deutschland gegenüber eine aktive Leistungsbilanz, wäre das so. Hat es aber nicht.

Staatsfinanzen. Steuereinnahmen richten sich nach dem Nominale, also einschließlich Inflation. Ein Staat, der höher inflationiert, nimmt höhere Steuern ein, kann also seine Staatsschuld niedriger halten, so Spanien mit nur rd 43% seines BIP. Wegen dieses „segensreichen“ Effektes freut sich jeder Finanzminister. So auch der deutsche. Mit einer Anfang 2006 aufgelegten Indexanleihe („Linker“), der ersten der deutschen Finanzgeschichte überhaupt (in der DM-Zeit war so was verboten), gesellte sich die deutsche Bundesregierung unter die Inflationstreiber. Denn der Inflationszuschlag dieser Anleihe wurde nach dem Euro-Durchschnitt ausgelegt, nicht aber nach dem niedrigeren deutschen.

„Deutschland Exportweltmeister!“ Warum werden wir trotzdem in Relation zu unseren westlichen Nachbarn immer ärmer? Weil wir den hierin liegenden Vorteil nicht für uns behalten dürfen. Wir müssen mit unseren Überschüssen die Euro-Defizitländer auf den Beinen halten statt sie für eine Verbesserung unserer eigenen Terms of Trade zu verwenden.

Außenhandel, Handelsbilanz, Leistungsbilanz, Vorteile und Nachteile.



© F.A.Z.

Soweit die FAZ für 2003 und 2004. Zu 2005 folgendes.

Handelsbilanz. Ausweislich der Zahlen des Statistischen Bundesamtes hatte Deutschland in 2005 Exporte von € 786 Mrd und Importe von 626, darin die EU mit 500 und 352, darin die Eurozone mit 333 und 216. Vom Außenhandelsüberschuss von 160 entfallen also auf die EU 148 und auf die Eurozone 117.

Leistungsbilanz. EU, EZB und Eurostat belieben, von der Eurozone als Einheit zu berichten. Die Leistungsbilanzen der am Euro teilnehmenden Staaten werden möglichst unterdrückt. Dieses ist administrative Willkür und widerspricht geltendem Recht.

So schrieb der Bundesverfassungsrichter Udo di Fabio am 22.7.2006 in der FAZ: „Die Mitgliedstaaten müssen das große Projekt Europa weiter wollen, mit politischer Pragmatik und Geduld entwickeln und erkennen, daß hier ihr gemeinsames Interesse, ja ihr Schicksal liegt. Beide Ebenen - Union und Staaten - müssen deshalb das Ethos der Gemeinschaftstreue als Pflicht zur wechselseitigen Rücksichtnahme pflegen.“

Meinem Verständnis von Wirtschaft und Recht entspricht es, für die Beantwortung der von mir gestellten Fragen lieber zu den unpolitischen Zahlen des Londoner Economist zu greifen.

Ausweislich dieser Zahlen hatte Deutschland Mitte 2005/Mitte 2006 einen Handelsbilanzüberschuss von \$ 186 Mrd und einen Leistungsbilanzüberschuss von 106, mehr wert als der Goldbestand der Bundesbank. Die Eurozone insgesamt war mit -52 und -20 passiv, darin z.B. Spanien mit -105 und -93, Frankreich mit -33 und -36, Italien mit -24 und -34. Aus diesen Zahlen ergibt sich, dass nicht alle Länder der Eurozone mit der Globalisierung fertig werden. Überschussländer sind nur Deutschland, die Benelux-Länder, Österreich und Finnland. Defizitländer hingegen sind Frankreich, Spanien, Portugal, Italien, Griechenland, Irland und Slowenien mit zusammen mehr als der Hälfte der Einwohner der Eurozone.

Normalerweise müssten sie zur Deckung ihrer Defizite Devisenkredite aufnehmen. Die ausländischen Banken würden höhere Zinsen nehmen und auf Abwertung des Außenkurses der betreffenden Landeswährung drängen. Aber solche Bemühungen brauchen die Defizitländer seit 1999 nicht mehr zu veranstalten. Sie haben keine eigene Währung mehr, können also vom Markt nicht mehr belangt werden. Vielmehr verlassen sie sich darauf, von den Überschussländern aus ihren Defiziten herausgeholt zu werden.

Ist dieser bailout rechtens? Nein. Denn Art 103 EGV sagt ausdrücklich, dass kein Mitgliedsland der EU für ein anderes haftet. Die Praxis des Eurosystems ist also ein flagranter Widerspruch zum geltenden EU-Recht.

2006. Exporte und Importe waren erneut höher. Der Wert der exportierten Waren stieg um 13,7 Prozent auf 893,6 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt mitteilte.

Die FAZ hierzu am 17.1.2007: „In diesem Jahr könnte der Boom jedoch vorbei sein, der Welthandel schwächelt. Acht Jahre nach dem Beginn der Europäischen Währungsunion ist ein Euro, gemessen an der Kaufkraft im Binnenmarkt, nur noch knapp 82 Cent wert. Dies ergibt sich aus den endgültigen Angaben der europäischen Statistiker ... Danach lag die europäisch harmonisierte Inflationsrate 2006 im gesamten Euro-Raum unverändert bei 2,2 Prozent. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat damit im siebten Jahr nacheinander keine Preisniveaustabilität erreicht, was auf mittlerer Sicht einer Inflationsrate von "unter, aber nahe 2 Prozent" entspräche. Für dieses Jahr erwarten die Volkswirte der Zentralbank nach den jüngsten Projektionen eine Inflationsrate von rund 2 Prozent, wobei der EZB-Rat weiterhin Preisrisiken sieht.

Die deutschen Verbraucher spüren den Wertverlust des Euro seit 1999 weniger, weil die hiesigen Verbraucherpreise in den vergangenen Jahren langsamer gestiegen sind als im gesamten Euro-Raum. Gemessen mit der hiesigen Verbrau-

cherpreisinflation, sank der Wert des Euro seit 1999 in Deutschland um fast 14 Prozent, gegenüber fast 19 Prozent im gesamten Euro-Raum. Die deutsche Verbraucherpreisinflationsrate lag 2006 nach den endgültigen Angaben des Statistischen Bundesamt bei 1,7 Prozent und damit niedriger als die 2 Prozent im Vorjahr.

Die Verbraucherpreisinflation wurde im vergangenen Jahr maßgeblich durch höhere Energiepreise getrieben. In Deutschland verteuerte sich Energie zwar mit 8,5 Prozent etwas weniger stark als im Vorjahr mit 10,3 Prozent. Ohne die Energiepreise wären die Verbraucherpreise indes nur um 0,9 Prozent gestiegen. Am stärksten verteuerte sich von den Energieträgern im vergangenen Jahr Gas mit 17,7 Prozent. Leichtes Heizöl kostete 10,7 Prozent mehr. Die Preise für Kraftstoffe wie Benzin und Diesel stiegen um 5,6 Prozent. Als Folge der teureren Energie zahlten die deutschen Verbraucher auch für Wohnen und für Verkehr erheblich mehr als zuvor.

Überdurchschnittlich teurer wurden 2006 auch Nahrungsmittel; darunter Obst um 2,4 Prozent und Gemüse um 8,2 Prozent. Für alkoholische Getränke und Tabakwaren zahlten die Konsumenten 3,5 Prozent mehr, wobei vor allem die Tabakpreise um 5,2 Prozent zulegten. Abermals überdurchschnittlich ... trug die Politik im vergangenen Jahr zur Teuerung bei. Die staatlich beeinflussten, administrierten Preise erhöhten sich um 2,2 Prozent. So verteuerte die Müllabfuhr sich um 2,7 Prozent. Volkswirte erwarten, dass die Politik in diesem Jahr mit der Mehrwertsteuererhöhung die Inflationsrate deutlich in die Höhe treiben wird.

In Wirtschaftsbereichen mit starkem Wettbewerb auch als Folge billiger Einfuhren profitierten die deutschen Verbraucher auch 2006 von spürbar niedrigeren Preisen als zuvor. So fielen die Preise für Nachrichtenübermittlung 2006 um 3 Prozent. Die Preise für Telefon- und Telefaxgeräte sanken um 13,5 Prozent. Personalcomputer und Fernseher kosteten fast 15 Prozent weniger. Bekleidung und Schuhe kosteten immerhin noch 0,9 Prozent weniger als im Vorjahr. Hier hat sich der Preisrückgang halbiert, wohl auch als Folge der Einfuhrbeschränkungen für chinesische Waren, welche die Europäische Union erlassen hat." Soweit die FAZ.

Was stört mich an dieser sehr korrekten Berichterstattung? Dass sie z.B. nicht die Zinssubventionen nennt, die die deutsche Volkswirtschaft Jahr für Jahr in Höhe von mindestens 2% ihres BIP an die anderen Euroländer leistet, siehe vorstehend Seiten 6/7. Aber das ist nicht alles. Denn:

Kein Ausgleich mehr für Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber anderen Ländern der Eurozone. In der DM-Zeit verkörperte sich ein Leistungsbilanzüberschuss durch entsprechende Devisenguthaben der Bundesbank bei ausländischen Banken. Denn wer in Deutschland einkaufen wollte, musste seine Heimatwährung in DM umtauschen. Das aber ist heute anders. In Italien emittierte

Euros sind in Deutschland gesetzliches Zahlungsmittel, kaufen also direkt. Nicht-deutsche Euros in den Geldbörsen deutscher Bürger werden dementsprechend zahlreicher. In welchen werthaltigen Guthaben der Deutschen Bundesbank verkörpern sich die deutschen Überschüsse gegenüber den anderen Euroländern heute?⁶ Sie werden nicht mehr vergleichbar erfasst und ausgewiesen.

Behalten wir dann wenigstens die Devisenguthaben aus unseren Leistungsbilanzüberschüssen gegenüber Drittländern? Ebenfalls Nein. Denn sie müssen von der Deutschen Bundesbank der EZB zur Verfügung gestellt werden, damit die Euro-Defizitländer ihre Defizite damit bezahlen können.

Alles zusammen macht rd 4% unseres BIP aus, zufällig dieselbe Größenordnung wie die der jährlichen Transferzahlungen der alten Bundesländer an die neuen.

Sind diese Abläufe mit dem Grundgesetz vereinbar? Da habe ich Zweifel. Artikel 79 III sagt: „Eine Änderung dieses Grundgesetzes, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in den Artikeln [1](#) und [20](#) niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“ Art 20 III lautet: „Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.“ Für mich ist es keine „verfassungsmäßige Ordnung“ mehr, was durch die Euro-Strafzinsen sowie durch die Abrechnung und Behandlung unseres Außenhandels geschieht: Jährliche Abgaben ohne Grundlage im Grundgesetz, die höher sind als der Wert des Goldbestandes der Bundesbank. Der Deutsche weiß nicht mehr, für wen/welchen Staat er eigentlich arbeitet.

Warum blüht und wächst das Europa der Bürger? Weil es natürlich und organisch ist. Von Stettin bis Görlitz bieten modernste Zahnarztpraxen optimale Dienste an und leben im wesentlichen von Deutschen, für die selbst weite Anreisen noch Kostenersparnis bedeuten. Oder: Auf der deutschen Seite der luxemburgischen Grenze entstehen immer mehr Häuser, in denen Europäer leben, die in Luxemburg arbeiten. Oder: Die Zahl „grenzüberschreitender“ Eheschließungen wird für 2006 mit mehr als 300000 angegeben. Usw usw.

Werden Nicht-X-Euros, die in Deutschland Kaufkraft entfaltet haben und weiter im Umlauf sind, für die deutsche Volkswirtschaft durch Verwendung im Ursprungsland wieder werthaltig? Nur insoweit, als es dem Verbraucher auf den Preis nicht ankommt. Denn alle anderen Euro-Länder inflatieren höher als Deutschland, haben also tendenziell höhere Preise.

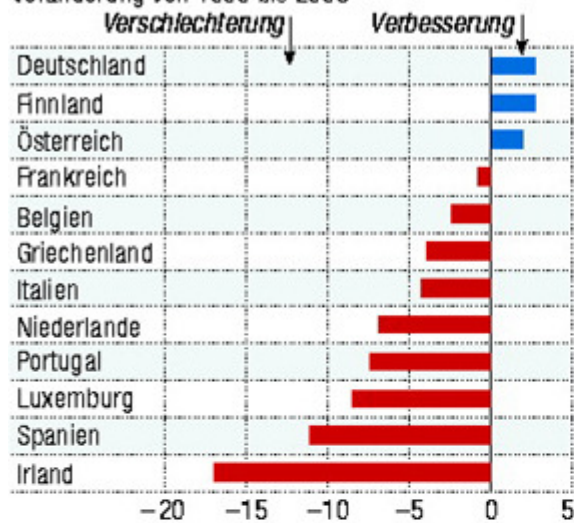
Können die Euro-Defizitländer sich aus ihren Defiziten herausarbeiten, also zu ausgeglichenen Leistungsbilanzen finden? Die FAZ sieht das so:

⁶ Im August 2005 bat ich den Präsidenten der Deutschen Bundesbank brieflich um Aufklärung. Die Antwort steht immer noch aus

Eurostaaten im Vergleich

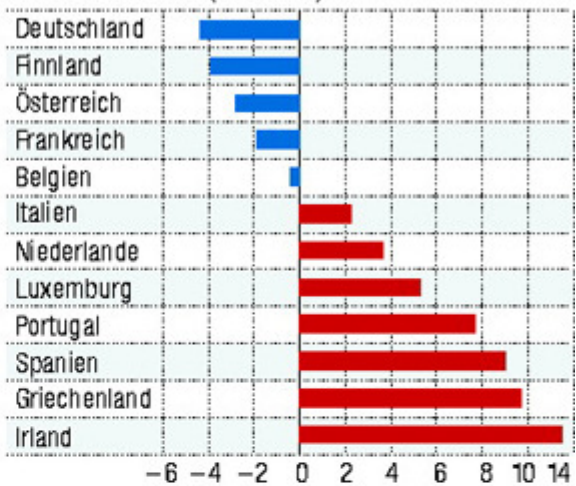
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit¹⁾

Veränderung von 1999 bis 2006



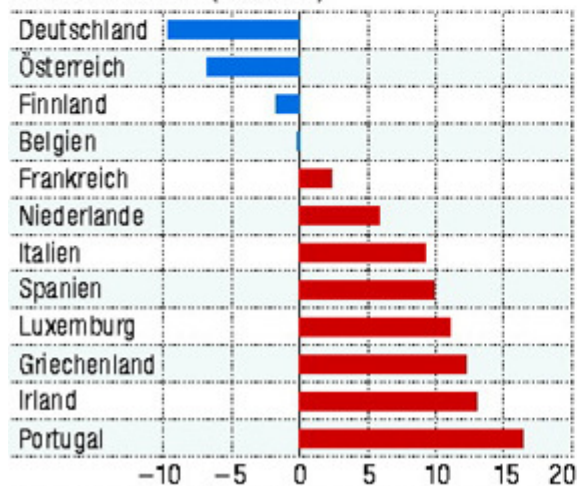
Preisniveau

Veränderung gegenüber dem Euro-Raum-Durchschnitt von 1999 bis 2006 (in Prozent)



Lohnstückkosten

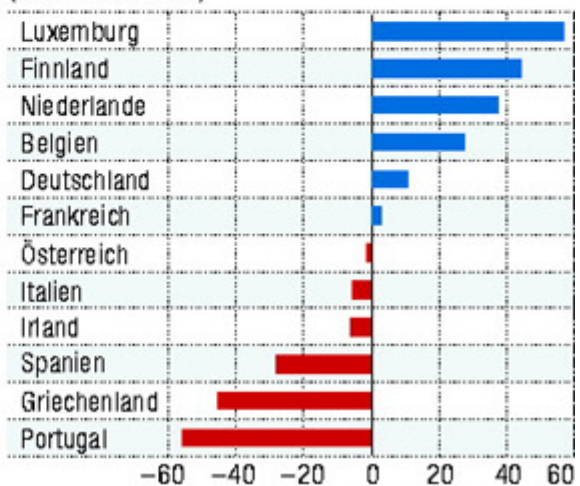
Veränderung gegenüber dem Euro-Raum-Durchschnitt von 1999 bis 2006 (in Prozent)



¹⁾ Basierend auf dem Indikator der Wettbewerbsfähigkeit des Eurosystems.

Leistungsbilanz

Kumulierte Salden im Zeitraum von 1999 bis 2006 (in Prozent des BIP)



Quelle: EZB/FAZ-Grafik Kater

Nehme ich der Einfachheit halber die Lohnstückkosten als Indiz wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, so haben Länder wie Griechenland, Portugal und Spanien keine Chance. Auch unabhängig davon führen Unterschiede in den Standortpreisen zu unüberbrückbaren Differenzen in den Standortkosten. Der Economist⁷ nennt die Preissteigerungen für Häuser seit April 2005 für Belgien mit 21%, für Spanien mit 13, für Deutschland aber nur mit 5.

Die EU-Kommission aber sieht das alles ganz anders:

⁷ Ausgabe vom 9.3.2007

Box 5: Catching-up, productivity and the sectoral allocation of resources

Among the euro-area members selected for case studies in this Review, Ireland, Portugal and Spain are instances of economic catching-up, and the analysis in Chapter VII, in particular, sheds light on this experience under the euro. Based on the model simulations and surveillance analyses, the experience in Ireland illustrates catching-up (under monetary union) in the classic sense of high productivity growth in tradeables. Capital was attracted into Ireland in the first instance by, of course, high rates of return: these reflected predominantly the availability of human skills (which underpinned the ICT boom). Over an extended period, this pattern of productivity growth sustained competitiveness and generated resources to service Ireland's growingly negative net international investment position. One ripple effect of this process - with a lag - was a housing boom, which then developed its own dynamic. The case studies of Spain and Portugal, by contrast, highlight the fact that productivity growth in tradeables was not high. Inflation in Spain reflects a Balassa-Samuelson productivity differential, but this is because productivity in non-traded goods was relatively low. Again, capital flowed into Portugal and Spain, of course, because of high rates of return. But these were to a significant degree returns on residential housing. Allocation was quite different from Ireland, and this helps to explain why competitiveness deteriorated. The model simulations clarify that the drivers of housing activity also differed as between Portugal and Spain. In both cases the decline in risk premia and easing of borrowing constraints were major drivers of the initial housing boom. But the model suggests that this effect should have tapered off after about 3 years - as it did in Portugal. However, the sustained nature of the housing boom in Spain reflects the additional impact of a migration shock, tourism and demographics, which have contributed to the continuing demand for housing. Drawing together strands from these case studies, it is notable that, except in the immediate aftermath of the EMU-related decline in risk premia, the allocation of resources as between traded goods and residential housing in these three cases was not mainly driven by interest rate effects but by real shocks and resource endowments. To some degree this finding may however, reflect the structure of the model, and a stronger effect from the level of real interest rates cannot be excluded.

2.3 Policy management during catching-up

The discussion so far suggests that the catching-up process can be seen as heightening certain policy opportunities and challenges among those that face all euro-area members. It may be useful, therefore, to review in conclusion some of the possible "lessons for policy" that have emerged during the course of this report and to identify those that may be especially relevant in the setting of economic catching-up.

A first challenge is in the *domain of analysis*. A key message of this report has been the importance of *diagnosing accurately* the nature of the economic processes underway in a national economy and how they relate to inter-country adjustment dynamics. These analytical challenges are if anything more pronounced during catching-up. Risks to allocation and stability may be difficult to assess in a setting of trend rises in credit, asset prices and the real exchange rate, and these trends may also make it hard to diagnose whether aggregate wage and price developments are on an equilibrium path.

A second challenge relates to *underlying fiscal developments*, which may also be more difficult to evaluate in a catching-up environment. It will be especially important to avoid measurement errors that impart an inadvertently pro-cyclical bias to fiscal policy. (These factors are not caused by euro adoption, but they take on special importance in this setting.) First, revenues may improve transiently during a higher inflation upswing, as a result of a local asset price boom and/or buoyant consumption (versus exports, which are lightly taxed); and they may deteriorate all the more steeply in the correction. Second, there may be risks of overestimating potential growth, including if resource allocation strongly favours residential investment.

In calibrating fiscal policy, it will be important to bear in mind the dynamics of the inter-country adjustment process. Fiscal policy is a key instrument that can influence the real exchange rate in the short run. If there are risks of overshooting in the real exchange rate following an asymmetric shock, then it will be crucial to have assured full room for automatic stabilisers to operate. If asymmetric adjustment cycles prove to be deeper as well as more protracted than typical business cycles, then the room for stabilisers to operate under the SGP may need to be greater than in conventional cyclical calculations. In an asymmetric boom, moreover, it will be important not to cap the improvement in the fiscal balance by discretionary action, since that will exacerbate any real exchange rate overshooting. Whether discretionary action to lean against the wind could be effective is more debatable, given customary concerns about assessment and lags.

In many cases, a key initial "shock" during the move to euro adoption was a decline of risk premia relating to exchange rate/inflation risk. This decline influenced supply conditions in the economy, but the related fall in interest rates also resulted in a powerful demand stimulus. In some cases (e.g., Spain) the demand impact was counterbalanced by action to strengthen the structural fiscal position (i.e., improving the cyclically-adjusted primary balance). Since the cost of debt was falling, there was also the opportunity to further improve the nominal fiscal balance. Such actions moderated the demand boost from nominal convergence, and affected its composition: public expenditure played a lower role, and the extent of real exchange rate appreciation was more limited. In other cases, by contrast, policy was not tightened as risk premia fell, or initial tightening was later reversed (e.g., Portugal).

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Die EU-Kommission hält also allen Ernstes ein „catching-up“ von Ländern wie Spanien und Portugal für möglich, und sie füllt damit einen Bericht über 267 (!) Seiten. Ich halte diese Annahme für unseriös. Denn sie setzt voraus, dass diese Länder aus ihrer Tradition heraustreten, ein neues Leben mit deutlich niedrigerer Inflation beginnen. Mit solchen Floskeln wurde auch die DDR als angeblich leistungsfähige Exportnation schöngeredet.

Ertüchtigung von Wettbewerbern. Zur Stärkung meiner Argumentation führe ich an, dass schon in den Jahren 1999 – 2006 viele Unternehmen in den Defizitländern eine außerordentliche Ertüchtigung erfahren haben, nämlich eine solche durch das Hartstempeln ihrer Weichwährungen, ohne dass sie damit das weitere Abgleiten ihrer Volkswirtschaften aufgehalten hätten. Beispiele: Woher nahm der Mailänder Unicredito buchstäblich von heute auf morgen die Finanzkraft, plötzlich die zweitgrößte deutsche Geschäftsbank, die Münchener HVB-Bank, zu übernehmen? Oder: Wie konnte die spanische Staatsgesellschaft Telefónica sich in wenigen Jahren zum drittgrößten Mobilfunkanbieter der Welt heraufkaufen? Antwort: Weil die Umstellung/Umstempelung der italienischen Lira bzw der spanischen Peseta auf Euro am 1. Januar 1999 automatisch zu einer „Kaufkraft“ führten, die die betreffenden Volkswirtschaften und Unternehmen aus eigener Kraft gar nicht hatten, die ihnen also aus dem politischen Zauberkasten zugespielt wurde. Anders ausgedrückt: Weil zu arm, hatte der Mailänder Unicredito als Lira-Unternehmen nicht die Finanzkraft, die deutsche HVB-Bank zu erwerben, der spanische Banco Bilbao oder die spanische Telefonica als Peseta-Unternehmen nicht die Finanzkraft, ihre Expansionspolitik im Ausland zu finanzieren usw usw. Erst die Möglichkeit, Schulden in Euro außerhalb des eigenen Landes zu machen, eröffnete diese Möglichkeiten.

Der sogenannte Euro-Finanzmarkt ist Schönrednerei. Er handelt mit Hypothesen, die nicht zur Wirklichkeit werden. Unternehmen mit Sitz in Euro-Defizitländern verdienen unter keinen Umständen ein Rating wie Unternehmen mit Sitz in Überschussländern.

Wehe dem deutschen Sparer, dessen Versicherer Anleihen aus den falschen Ländern im Portefeuille hat. Mein Versuch, mit der bundeseigenen Finanzaufsicht BaFin hierüber in ein Gespräch zu kommen, misslang.

Umgekehrt macht der Düsseldorfer Energieversorger EON die Erfahrung, dass die spanische Regierung sich gegen eine Übernahme des spanischen Energieversorgers Endesa sträubt. „Was mein ist, bleibt mein, aber über Deins müssen wir reden.“ So charakterisierte der ehemalige US-Präsident Kennedy einmal die Haltung seines politischen Gegenspielers Chruschtschow. Die Haltung der italienischen bzw der spanischen Regierung hinsichtlich grenzüberschreitender Unternehmensbeteiligungen unterscheidet sich hiervon in keiner Weise. Dass das in jeder Hinsicht finanziell kranke Italien 10 Mrd Euro oder mehr

aufwenden kann, um seinem Stromversorger Enel eine Kapitalbeteiligung an der spanischen Endesa zu ermöglichen, ist ausschließlich eine Blüte des Eurosystems, kein Ausdruck von Wirtschaftskraft.

Und doch hat das Verhalten der spanischen und der italienischen Politik eine tiefere Logik. Wenn Spanien oder Italien aus dem Euro ausscheidet, bleiben alle Aktiva in spanischen Bilanzen oder italienischen unberührt. Die Passivseiten hingegen ändern sich dramatisch. Die Gläubiger zahlen die Zeche durch Abwertung ihrer Forderungen, und vielleicht trifft es auch die Aktionäre.

Jeder Mitgliedsstaat der Eurozone kann aus dem Euro austreten und seine Schulden abwerten. Das liegt in der Natur der Sache. Denn jeder Mitgliedsstaat hat seine Souveränität behalten. Wer im Wettbewerb nicht mehr mitkommt, muss allein handeln können: *Ultra posse nemo obligatur*, so die römische Rechtseloquenz zu diesem Thema. Roman Herzog, ehemaliger Bundespräsident und davor Präsident des Bundesverfassungsgerichts, und der Politologe Lüder Gerken sagen in einem am 14.1.2007 in WamS veröffentlichten Text: „Weiterhin solle den Mitgliedstaaten das Recht eingeräumt werden, der EU die Zuständigkeit über einen bestimmten Politikbereich wieder zu entziehen. Dadurch werde einer exzessiven Machtausübung durch EU-Organe vorgebeugt ... Herzog und Gerken verlangen weiter den Aufbau eines Gerichtshofes für Kompetenzfragen, dessen Unabhängigkeit durch die Zusammensetzung aus Mitgliedern der mitgliedstaatlichen Verfassungsgerichte garantiert werden soll.“

Aber: Ist es vertretbar und durchhaltbar, dass die Telefonica bei einem Umsatz von rd 50 Mrd Euro Finanzschulden in derselben Höhe ausweist?

Nein, natürlich nicht. Ich nenne das unseriös, von keinem DAX-Unternehmen darstellbar. Aber der Euro machte es möglich – eine staatsgestützte Finanzierung auf Abbruch, möglich geworden durch die Einführung des Euro und die mit ihr geschaffenen Fiktionen. Ich schrieb hierzu der FAZ kürzlich.⁸

⁸ „Erstens: Der Umsatz der Telefónica von rd 53 Mrd Euro liegt nur wenig über den langfristigen Finanzschulden von 51 – eine Kapitalisierung, die sich kein normales, privatwirtschaftlich konzipiertes und geführtes Unternehmen leisten kann.

Zweitens: Die „current liabilities“ werden mit 26 Mrd Euro ausgewiesen. Auch das liegt völlig ausserhalb jeglicher Normalität.

Folgerung: Die Financiers der Telefónica rechnen offenbar mit einer dem Unternehmen freundlichen „Höheren Gewalt,“ falls die Zinsen steigen oder der Umsatz mal stagniert. Wer das wohl sein wird? Spanien produzierte in den letzten 12 Monaten ein Leistungsbilanzdefizit von rd 111 Mrd Dollar, nachzulesen im Economist. Die Spanier haben also sehr viel mehr ausgegeben, als sie erwirtschaftet haben. Sie haben auf anderer Leute Kosten gelebt, und zwar mit 8,6% ihres Sozialproduktes (BIP) gegenüber nur 6,1% der USA. Also ist Spanien in dieser Hinsicht der schlimmste Sorgenfall der zivilisierten Welt. Aber niemand spricht darüber. Warum wohl? Die Überschussländer der Eurozone sorgen freundlicherweise und stillschweigend für den Ausgleich dieses Defizits. Wie lange noch?“

Da ich der Überzeugung bin, dass solche Länder auf Dauer nicht im Euro bleiben können, wird auch diese künstlich geschaffene Kaufkraft wieder verschwinden.

Wer in seiner Geldbörse prüft, wie viele Euro-Scheine ein X vor der Stücknummer tragen, also von der Deutschen Bundesbank emittiert sind, findet dies bestätigt. Der Anteil deutscher Scheine nimmt ab. Mehr und mehr ausländisches Papiergeld strömt nach Deutschland und kauft hier Sachwerte.

„Heuschrecken.“ Ich bin Unternehmer und ein Mann des freien Wettbewerbs. Allerdings frage ich mich, was das von Tag zu Tag stärker werdende Eindringen ausländischen Papiergeldes – und hier meine ich Dollars, von denen die Welt überschwemmt wird – nach Deutschland eigentlich soll. Schließlich sind wir (noch) nicht kapitalarm.

Allerdings muss ich der deutschen politischen Klasse an dieser Stelle ins Stammbuch schreiben, dass sie seit Jahren deutsches Eigenkapital außer Landes treibt. Neid als Triebfeder politischen Handelns und die ihm folgende Umverteilung innerhalb Deutschlands werden immer stärker und werden das Land auch ohne Zutun ausländischer Aufkäufer ruinieren.⁹ Aber vorher suchen die „Heuschrecken“ ihre Chancen. Diese sind umso größer, je mehr deutsche Eigentümerfamilien sich vor Überbesteuerung und Enteignung fürchten und deshalb verkaufen. Die seit Jahren von Bundesregierung und Bundestag betriebene Politik, Steuern und Abgaben immer weiter zu erhöhen, ist die eigentliche Ursache dieses Problems.

Sprechen wir also vom „Auslandsinvestor“ oder von „Private Equity.“ Der US-Dollar ist seit 1949 Welt-Leitwährung. Bis vor kurzem wurden deshalb alle Rohstofflieferungen in Dollar abgerechnet. Das ändert sich. Putin erklärte den Russischen Rubel für konvertibel. Die Staaten des Persischen Golfes arbeiten an einem konvertiblen Golf-Dinar. Schließlich wird auch der chinesische Yüan aufwerten, obwohl es sich bei ihm um eine politisch gesteuerte Währung handelt, die nicht in erster Linie der Herbeiführung eines Gleichgewichtszustandes der chinesischen Volkswirtschaft dient.

Dollars werden also außerhalb der USA weniger und weniger gebraucht. Würden sie Anlage in den USA suchen, wäre eine runaway-inflation der USA die Folge. Deshalb versucht Washington zu bremsen. Jeder USDollar, der außerhalb der USA investiert wird, hilft hierbei. Also weiß ein nach Deutschland kommender Auslandsinvestor sich des Wohlwollens von Washington sicher.

⁹ Dieses hat eindeutig mit dem seit Euro-Einführung halbierten Wirtschaftswachstum zu tun. Das Jahr 2006 mit einem auf 2,5% pa gesprungenen Wirtschaftswachstum in Deutschland zeigt, dass die Berliner Politik bei einem nur maßvoll erhöhten Wachstum gänzlich andere Spielräume hat. Die Graphik auf Seite 19 zeigt die Zusammenhänge

Nur: Aus deutscher Sicht hat die Sache einen Haken. Denn deutsche Unternehmen haben, unabhängig von ihrer Rechtsform, hohe Bilanzreserven, offen oder verdeckt. Das ist die Folge der DM-Zeit, die ihr Wirtschaftswachstum mit der Ermutigung zu hohen Abschreibungen und Rückstellungsbildung, also zu hoher Eigenfinanzierung, begleitete oder antrieb. Also können Auslandsinvestoren hohe „Gewinne“ machen, wenn sie deutsche Unternehmen zu 100% erwerben, in eine GmbH umwandeln und dann die Reserven herausziehen, was ich Ausplünderung nenne. Das deutsche Recht bremst hier nicht. Denn das deutsche Gesellschaftsrecht geht von der Annahme aus, dass der oder die Eigentümer einer Kapitalgesellschaft nicht zu deren Nachteil handeln. Wenn aber dem Alleineigentümer das Herausziehen des Eigenkapitals aus dem Unternehmen vorrangig ist, wird er den Fremdfinanzierungsanteil „seiner“ GmbH immer weiter erhöhen, das Unternehmen also zwingen, immer mehr Kredite aufzunehmen. So werden Zinsen und Tilgung hieraus für das Unternehmen zu einer Fixkostenlast, die das Unternehmen schnell erdrücken kann, zumal in einer Phase volkswirtschaftlich steigender Zinsen, wie wir sie zur Zeit haben.

Bei Insolvenz oder Teilstilllegungen hat nicht der Alleineigentümer das Nachsehen, sondern die deutsche Volkswirtschaft. Sie trägt die Folgen. Es gibt bereits eine Anzahl unrühmlicher Beispiele. Ich nenne die über hundert Jahre alte Schlossfabrik Kiekert in Heiligenhaus. Sind wir hilflos? Nein.

Die Eingliederung einer AG nach § 320 AktGes als Schlüssel. Diese Vorschrift besagt, dass eine AG in eine andere eingegliedert werden kann, wenn sich 95% der Aktien in Händen der zukünftigen Hauptgesellschaft befinden. Würde der deutsche Gesetzgeber diese Schwelle auf 99% erhöhen, so könnten sich deutsche AG besser gegen feindliche Übernahmen schützen.

Welcher Zusammenhang besteht zwischen Übernahmen deutscher Unternehmen durch Ausländer und dem Eurosystem? Ein sehr enger. Denn die Dollars, die der Deutschen Bundesbank durch Übernahmen zufließen, ob feindlich oder nicht, werden von den Bundesbank ebenfalls an die EZB weitergeleitet und können dort gegen Euro abgerufen werden.

Ist also denkbar, dass die Auslandsinvestitionen spanischer Unternehmen durch den Übergang deutscher Unternehmen in ausländische Hand gegen Fremdwährung erleichtert werden? Ja. Es besteht ein direkter Zusammenhang.

Bei realwirtschaftlicher Betrachtung steht also dem Abgang deutscher Unternehmen in ausländische Hand ein Zugang ausländischer Unternehmen an defizitäre Euroländer gegenüber? Ja. Es handelt sich um einen circulus vitiosus.

Rückkehr zu gleichem Realzins. Hierzu haben Otto Steiger und ich im „Wirtschaftsdienst“ von 2004 ab Seite 363 Vorschläge gemacht.

Als ersten Schritt sollte der Bundesfinanzminister Indexanleihen nur noch unter Berücksichtigung der nationalen deutschen Inflation emittieren.

Rückkehr zum Wettbewerb im Aussenhandel. Die Deutsche Bundesbank müsste von Berlin ermächtigt werden, (1) Devisen nur noch freiwillig und nur gegen werthaltige Gegenleistung abzugeben und (2) für alle zu ihr gelangten Nicht-X-Euros werthaltige Gegenleistung zu verlangen.

Die deutschen Nettozahlungen an das EU-Budget. Sie nähern sich bekanntlich 1% pa unseres BIP. Sie sind ökonomisch ohne jede Rechtfertigung, da Deutschland in allen den Wohlstand betreffenden Werten weit hinter andere EU-Mitglieder zurückgefallen ist.

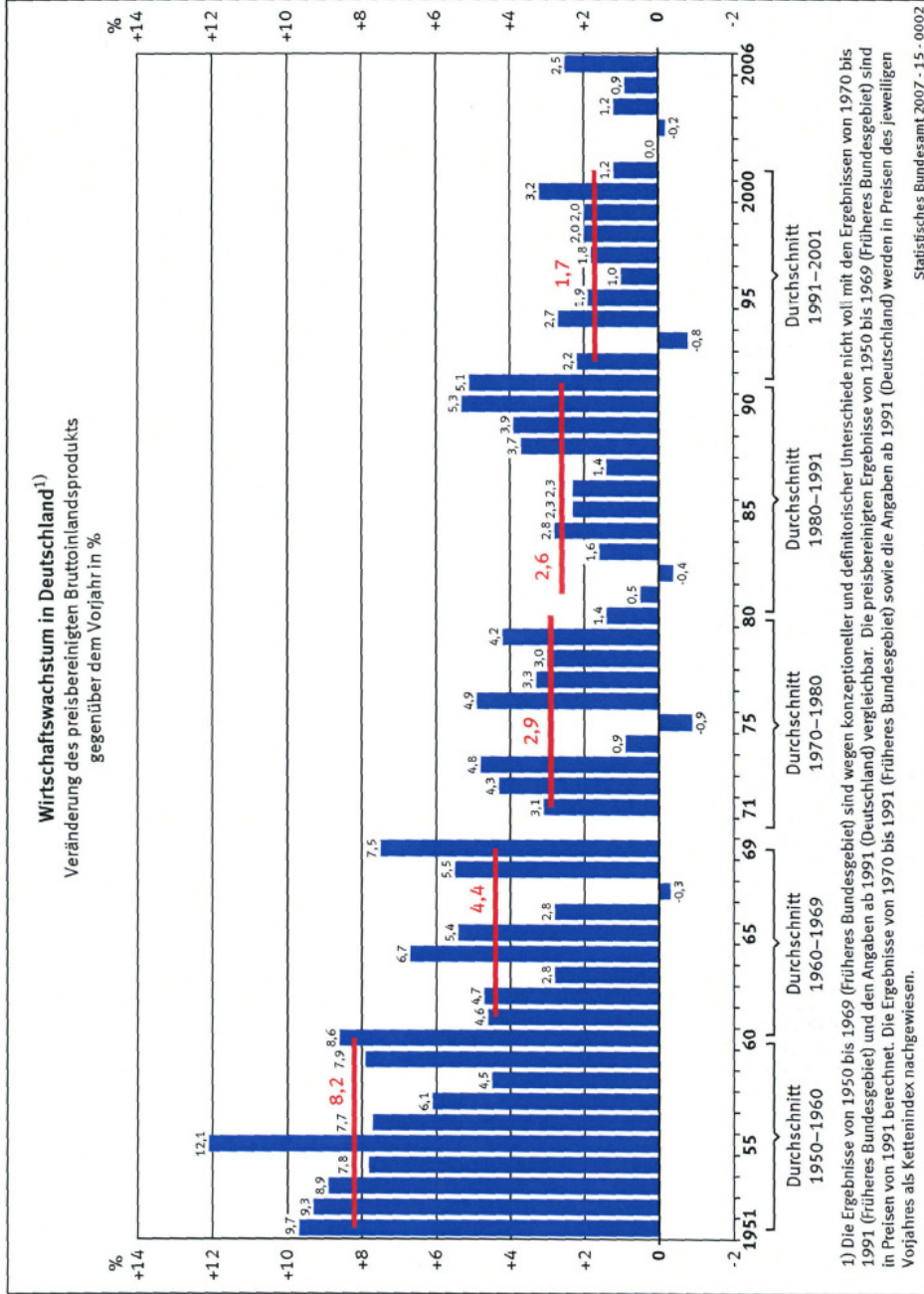
Der Euro und der Umweltschutz. DIE WELT schreibt am 12.3.2007: „Aus volkswirtschaftlicher Sicht ... Wenn es gelingen soll, die Kohlendioxid-Menge in der Atmosphäre ... etwa doppelt so ... wie heute zu begrenzen, müssten die Nationen dafür etwa 0,2 Prozent ihres Sozialprodukts ausgeben. Für einen Wert ... anderthalbfach ... entstünden schon Ausgaben in Höhe von 0,6 Prozent ... Konzentration etwas über ... heute ... , wären mindestens drei Prozent des durchschnittlichen Sozialproduktes notwendig.“ Nach meiner Ansicht kann sich Deutschland locker die 3%-Leistung erlauben und trotzdem seinen Wohlstand steigern, wenn es seine Sonderleistungen für das Doppelsystem EU/Euro, die sich auf mindestens 7% pa seines BIP belaufen, abschafft, sich also auf normale Leistungen für dieses System beschränkt.

Für Deutschland hat Umweltschutz einen höheren Stellenwert als das Wohllleben gewisser Euro-Nachbarn auf unsere Kosten.

Deutschland und China. Jeder macht seit Jahren hohe Leistungsbilanzüberschüsse, die Deutschen in 2006 rd 130 Mrd Dollar. Die Chinesen, deren Währungsreserven auf über 1.000.000.000.000 Dollar angewachsen sind, bilden daraus einen Spezialfonds für Auslandsbeteiligungen. Wir Deutschen hingegen geben Leistungen, Überschüsse, Devisen und Unternehmenssubstanz an die Euro-Defizit-Brüder ab. Unsere Bundesbank zeigt für 2006 nur noch Währungsreserven von insgesamt rd 86 Mrd Euro, darin Gold mit rd 48 Mrd Euro, Devisen mit rd 34. Zwei „Exportweltmeister,“ zwei Währungswelten. Und das soll im Interesse Deutschlands sein?

Düsseldorf, am 17. März 2007
Dieter Spethmann

Schaubild 2



¹⁾ Die Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind wegen konzeptioneller und definitorischer Unterschiede nicht voll mit den Ergebnissen von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) und den Angaben ab 1991 (Deutschland) vergleichbar. Die preisbereinigten Ergebnisse von 1950 bis 1969 (Früheres Bundesgebiet) sind in Preisen von 1991 berechnet. Die Ergebnisse von 1970 bis 1991 (Früheres Bundesgebiet) sowie die Angaben ab 1991 (Deutschland) werden in Preisen des jeweiligen Vorjahres als Kettenindex nachgewiesen.